Stadt Cottbus / město Chosebuz Der Oberbürgermeister



Vorlag	orlagen-Nr.		
StVV	OB-014/15		
HA			

Ge	schäftsbereich: OB Fachbere	ich: RStu	Termin der Tagung: 25.03.2015			
Vorlage zur Entscheidung						
☐ durch den Hauptausschuss ☐ öffentlich						
□ durch die Stadtverordnetenversammlung		nichtöffentlich				
Bei	ratungsfolge:	Datum	Datum			
\boxtimes	Dienstberatung Rathausspitze	10.02.2015	Umwelt			
	Haushalt und Finanzen	17.03.2015	☐ Hauptausschuss 18.03.2015			
	Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	12.03.2015				
	Soziales, Gleichstellung u. Rechte der Minderheiten	.2.00.20.0	Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf			
	Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ Information an AG Ortsteile			
	Wirtschaft, Bau und Verkehr	11.03.2015	 □ JHA			
Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Landkreis Spree-Neiße für die Vergabe der im Jahr 2017 auslaufenden Verkehrsleistungen im Linienbündel Spree-Neiße/West die Bildung einer Gruppe von Behörden zu prüfen.						
Holger Kelch						
Bei	ratungsergebnis des HA/der StVV:		Beschluss-Nr.:			
	einstimmig	nmehrheit	Tagung am: TOP:			
			Anzahl der Ja -Stimmen:			
laut Beschlussvorschlag		Anzahl der Nein -Stimmen:				
mit Veränderungen (siehe Niedersch		hrift)	Anzahl der Stimmenthaltungen:			

Vorlagen-Nr.: OB-014/15

Problembeschreibung/Begründung:

Der Landkreis Spree-Neiße beabsichtigt die Neuvergabe von Leistungen zur Erbringung von Dienstleistungen im integrierten öffentlichen Personennahverkehr im Gebiet des Landkreises Spree-Neiße, mit Teilleistungen auf den Gebieten der Stadt Cottbus sowie der Landkreise Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz.

Gegenwärtig umfasst der zu bedienende Nahverkehrsraum 22 Linien, die das Linienbündel Spree-Neiße/West (SPN-West Teil A und B) bilden. Darunter sind 14 Linien, die auch das Gebiet der Stadt Cottbus bedienen.

Der Gesamtumfang der Leistungen beträgt rund 2,1 Mio. Fahrplan-km pro Jahr, darunter ca. 0,3 Mio. Fahrplan-km bedarfsabhängig.

Die Laufzeit des Auftrags und der zu erteilenden Liniengenehmigungen beträgt 10 Jahre (01.08.2017 bis 31.07.2027).

Im ÖPNV Verflechtungsraum Cottbus/ Spree-Neiße West stellt sich die Situation derzeit wie folgt dar:

- Die Stadt Cottbus unterhält mit der Cottbusverkehr GmbH eine ÖPNV Angebots- und Finanzierungsvereinbarung über die Stadtverkehrsleistungen und führt nach Auslaufen der Liniengenehmigungen für diese Leistungen eine Direktvergabe an die Cottbusverkehr GmbH zum 01.08.2017 durch.
- Der Landkreis Spree-Neiße unterhält im Linienbündel Spree-Neiße/West folgende Verkehrsverträge:
 - Spree-Neiße West/ Teil A Verkehrsvertrag mit der Cottbusverkehr GmbH, gemeinsame Erbringung mit Neißeverkehr unter Betriebsführerschaft der Cottbusverkehr GmbH
 - Spree-Neiße West/ Teil B Verkehrsvertrag mit LEO Reisen, Leistungserbringung unter Betriebsführerschaft der Cottbusverkehr GmbH

Im Rahmen der Neuvergabe der Leistungen im Bündel Spree-Neiße/West soll eine **Direktvergabe** an einen internen Betreiber (Cottbusverkehr GmbH) auf der Grundlage von Art. 5 Abs. 2 der Verordnung EG (VO EG) 1370/2007 und § 8a Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) durch die zuständige Behörde als Gruppe von Behörden angestrebt werden.

Grundsätzlich besteht für Leistungsvergaben im ÖPNV die rechtliche Vorgabe für die zuständige Behörde, ein wettbewerbliches Vergabeverfahren durchzuführen. Gemäß § 8a Abs. 3 PBefG sind die zuständigen Behörden alternativ berechtigt, Verkehrsleistungen direkt an sogenannte "interne Betreiber" zu vergeben, wenn die in Art. 5 Abs. 2 der VO (EG) 1370/2007 genannten Voraussetzungen erfüllt werden (Direktvergabe).

Die Direktvergabeentscheidung in Bezug auf das Linienbündel Spree-Neiße West liegt weder allein beim Landkreis Spree-Neiße (weil er keinen internen Betreiber in Form eines Verkehrsunternehmens besitzt) noch bei der Stadt Cottbus (die zwar einen internen Betreiber, jedoch keine Zuständigkeit für das Gebiet des Landkreises besitzt).

Diese wechselseitigen rechtlichen Defizite können jedoch überwunden werden, wenn die Direktvergabe im Wege einer interkommunalen Zusammenarbeit erfolgt und sich die beiden Behörden zum Zwecke der Vornahme einer Direktvergabe als Behördengruppe zusammenschließen.

Der Landkreis und die Stadt Cottbus sollen jeweils durch Ihre Gremien beauftragt werden, in den nächsten Monaten die Bildung einer Gruppe von Behörden zu prüfen und somit auch die Möglichkeit einer Direktvergabe.

Die Umsetzung der Bildung einer Gruppe von Behörden erfolgt mit der Beschlussfassung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und dem Vorliegen aller Voraussetzungen. Im Kreistag des Landkreises Spree-Neiße wird die gleichlautende Beauftragung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Vorlagen-Nr.: OB-014/15

<u>1.</u>	Haushaltsmäßige Au	ıswirkungen auf den Ergebnis-/Finanzhaushalt : 🗌 Ja 🛛 Nein	
	Ergebnishaushalt:	Produkt/Sachkonto	
	Erträge: Aufwand:		
	Finanzhaushalt:	Produkt/Sachkonto	
	Einzahlungen: Auszahlungen:		
<u>2.</u>	Deckung der Aufwendungen/Auszahlungen:		
	Ergebnishaushalt:	Produkt/Sachkonto	
	Erträge: Aufwand:		
	Finanzhaushalt:	Produkt/Sachkonto	
	Einzahlungen: Auszahlungen:		
<u>3.</u>	Folgekosten:		